

N E I N zur bedingungslosen Aufnahme von Israel in die OECD

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir sind besorgt: Denn Völkerrecht und Menschenrecht werden immer weniger beachtet. So soll der Staat Israel im Sommer 2010 o h n e Auflagen in die OECD aufgenommen werden - eine Mitgliedschaft, die zudem als künftiges Eintrittsticket in die EU erachtet wird.

Wir haben deshalb eine Petition aufgesetzt, mit der wir zweierlei vorhaben:

(1) Sie geht an den Bundesrat mit der Aufforderung, die Schweizer Verantwortlichen mögen bei der OECD dafür einstehen, dass Israel erst in die OECD aufgenommen wird, wenn es die Kriterien erfüllt, welche sich die Konvention auf ihr Banner geschrieben hat.

(2) Um die nötige Öffentlichkeit herzustellen, wird die Petition samt der Liste der Zeichnenden in der NZZ international veröffentlicht.

Wir möchten die Petition spätestens Mitte April dem Bundesrat übergeben.

Lassen Sie es uns, bitte, möglichst rasch per Mail wissen, wenn Sie bereit sind,

(1) * die „Petition zur Aufnahme des Staates Israel in die OECD“ zu unterzeichnen!

(2) Geben Sie *Name, *Vorname, Titel, Amt/Position und/oder Beruf, *Strasse, *Wohnort an:

für die welsche Schweiz und den Tessin an: carlo.malaguerra@gmail.com

für die Deutschschweiz an: verenatobler@kernkultur.ch

(3) mindestens **SFr. 100** einzuzahlen auf **PC 60-129 927-6**
Palästina Petition, Zürich
Stichwort OECD

* sind u n v e r z i c h t b a r für die notarielle Beglaubigung der PetitionszeichnerInnen!

Melden Sie Ihre Bereitschaft bitte sofort, aber spätestens bis 20. März 2010.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie 2, 3 Ihrer persönlichen Bekannten ebenfalls dazu motivieren, unsere Petition mit ihrem Namen und dem finanziellen Beitrag mitzutragen.

Wir legen der OECD-Petition ein Muster für einen entsprechenden Begleitbrief bei.

Mit besten Grüssen Carlo Malaguerra (ehem. Direktor des Bundesamts für Statistik)
Verena Tobler (Soziologin/Ethnologin)
Rudolf Knutti (Vorstand Gesellschaft Schweiz-Palästina GSP)

N.B. Inserate sind teuer: NZZ international: 19'310 SFr. – zuzügl. MWS. Falls die Mittel fürs Inserat nicht zusammenkommen oder ein Überschuss entsteht, so werden die Gelder für die folgenden zwei Projekte gespendet.

ICAHD: The Israeli Committee Against House Demolitions <http://icahd.org/eng/>

B'TSELEM: The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories
<http://www.btselem.org>

N E I N zur bedingungslosen Aufnahme von Israel in die OECD

Petition an den Bundesrat

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Leuthard,
Sehr geehrte Bundesrätinnen, sehr geehrte Bundesräte,

Die OECD will im Sommer 2010 Israel als Mitglied aufnehmen. Die Unterzeichnenden dieser Petition sind der Ansicht, dass Israel gegen zentrale Prinzipien und Ziele der Konvention für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit verstösst und die geltenden Aufnahmekriterien nicht erfüllt.

(1) Die OECD bemängelt in ihrem Bericht zum Arbeitsmarkt und zur Sozialpolitik Israels von 2010¹ zwar die starke soziale Polarisierung im Innern des jüdischen Staates sowie die Tatsache, dass von den 20% israelischen Bürger und Bürgerinnen, die als arm gelten, 50% arabischer Abstammung sind.

Der Bericht verschweigt jedoch, dass Israel nach wie vor Religion und Staat nicht klar trennt, so dass Juden einen wesentlich besseren Rechtsstatus haben und in den Genuss besonderer Fördermassnahmen kommen. Diese Diskriminierung ist menschenrechtswidrig gegenüber nicht-jüdischen Personen, die das israelische Bürgerrecht haben. Der Bericht klammert auch aus, dass Israel seit mehr als 40 Jahren eine völkerrechtswidrige Besatzungsmacht ist.

(2) Die Konvention verpflichtet ihre Mitglieder, den freien Handel zu stärken und Hemmnisse abzubauen.

Die Wirtschaft in den von Israel besetzten Gebieten dagegen ist in keiner Weise frei: Israel blockiert die Grenzen und behindert die freie Zirkulation von Personen und Gütern. Die Mauer und die unzähligen Hindernisse, die Israel innerhalb des besetzten Territoriums errichtet hat, erdrosseln die palästinensische Wirtschaft. Israel kontrolliert die Wirtschaft der Palästinenser faktisch total - fiskalisch und monetär, zu Wasser, zu Luft und zu Land, begrenzt deren Importe und Exporte und stoppt diese nach Belieben.

(3) Die OECD wurzelt in der Überzeugung, dass eine umfassende Zusammenarbeit zur Förderung friedlicher und harmonischer Beziehungen zwischen den Völkern der Welt beiträgt. Sie verpflichtet ihre Mitgliedstaaten darauf, diese Ziele unter Beachtung der Vereinbarungen zu verfolgen, die sie als Teilnehmer anderer internationaler Organisationen und Einrichtungen haben.

Israel kommt solchen Zielen und internationalen Verpflichtungen jedoch in keiner Weise nach:

- Israel ignoriert seit mehr als 60 Jahren zahlreiche Resolutionen der Uno-Generalversammlung und des Sicherheitsrates: Es verwehrt den Vertriebenen und Flüchtlingen das Rückkehrrecht und zieht sich nicht hinter die international anerkannten Grenzen von 1967 zurück.
- Israel verstösst seit mehr als 40 Jahren gegen das Völkerrecht: Es eignet sich als Besatzungsmacht palästinensisches Land an, auch in Ost-Jerusalem.
- Israel hat im Gazastreifen die Genfer Konventionen verletzt: Diese verlangen, dass die Zivilbevölkerung im Krieg geschützt wird. Was die Bevölkerung von Gaza an Zerstörung zu erleiden hatte und aufgrund der israelischen Wirtschaftsblockade bis heute aushalten muss, ist eine humanitäre Katastrophe.
- Die Kontrollen und Demütigungen, die der palästinensische Bevölkerung täglich zugemutet werden, zeugen von der zutiefst menschenrechtswidrigen Politik Israels.

Die OECD verlangt von ihren Mitgliedern unter anderem:

1. dass sie internationalen Verpflichtungen nachkommen;
2. dass sie die freie Marktwirtschaft und die wirtschaftliche Entwicklung fördern;
3. dass ihre demokratischen Verfassungen für alle Bürger und Bürgerinnen die gleichen Rechte gewähren.

Wir erwarten, dass die Schweiz als Mitglied der OECD sich für deren Zielsetzungen und Abmachungen einsetzt und dass sich der Bundesrat einer Aufnahme Israels so lange widersetzt, bis dieses die Aufnahmekriterien erfüllt.

¹ OECD (2010), Review of Labour Market and Social Policies, Israel.